

Udo Bayer

Vorsitzender der Fraktion
Freie Wähler - ESSENER BÜRGER BÜNDNIS (EBB)
im Rat der Stadt Essen

Sanieren und gestalten: Die Zukunft sichern!

Rede anlässlich der Beratungen des Haushaltsplanentwurfes
und des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 / 2011
im Rat der Stadt Essen

30. Juni 2010

Es gilt das geschriebene Wort
Sperrfrist: Ende der Rede

I.

„Wem die Stunde schlägt“ – so lautet bekanntlich der Titel von Hemingways größtem Bucherfolg. Für den Rat unserer Stadt schlägt heute die Stunde der Wahrheit.

„Wenn wir in die Überschuldung fallen, werden wir uns von diesem Schlag nie mehr erholen“, hat der Kämmerer in seiner Haushaltsrede unmissverständlich prophezeit und den Rat eindringlich aufgefordert, die Kurve zu kriegen.

Schon im Dezember 2005 hat die Bezirksregierung die finanzielle Lage der Stadt Essen „desolat“, „dramatisch“ und „desaströs“ genannt. Seitdem hat sich das Essener Finanzdebakel sogar noch weiter verschärft. Gestern standen wir noch vor dem Abgrund, heute sind wir schon einen Schritt weiter – so könnte man formulieren.

Die gegenwärtige Haushaltssituation spricht Bände. Täglich werden rund 1 Mio. € mehr ausgegeben als eingenommen. Täglich müssen fast 250.000 € Zinsen gezahlt werden. Die Zinslast für das gesamte Jahr 2010 beträgt annähernd 100 Mio. €. Kurzum: das Rathaus lebt auf Pump. Und es steckt perspektivisch in der Zinsfalle.

Überdies: Das Rathaus ist ein Schuldenturm. Der Emissär der Bezirksregierung, Holger Olbrich, hat es am 24. März auf den Punkt gebracht: „Die Schulden der Stadt Essen betragen derzeit rd. 2 Mrd. € im konsumtiven Bereich und rd. 1 Mrd. € im investiven Bereich“. Damit hat das Essener Finanzdebakel eine Größenordnung erreicht, die die Vorstellungskraft des Normalbürgers sprengt.

Deshalb erneut der Versuch einer plastischen Veranschaulichung: Stapelt man 10.000 100 Euro-Noten, so ergibt dies 1 Mio. € und eine Höhe von 1 Meter. Der Essener Schuldenberg ist also inzwischen höher als die Zugspitze und rd. 30 Mal so hoch wie unser Rathaus.

3 Mrd. € Schulden – das entspricht 150.000 PKW im Wert von jeweils 20.000 €. Welch ein Steilpaß für den Oberbürgermeister, wenn er jedem vierten Essener ein paßgenaues Auto schenken könnte statt jedem Essener vom Baby bis zum Greis einen Schuldschein über 5.000 € verpassen zu müssen.

II.

„Zukunft braucht Herkunft“ (O. Marquardt). Deshalb ein kurzer Blick zurück:

Es ist zwar wahr: Unsere Stadt steht schon seit Mitte der 80er Jahre unter Konsolidierungsdruck. Haushaltskonsolidierung ist seitdem in Essen kein Fremdwort und „*im Westen nichts Neues*“.

Aber: Die Entwicklung dauerhaft unausgeglichener Haushalte und kumulierter jährlicher Defizite beginnt in Essen erst 1993. Das ist Fakt. Und seitdem lebt unsere Stadt permanent über ihre Verhältnisse.

Am Anfang war also Willi. Und der gab ein Zeichen, als er 1992 Vorsitzender der SPD-Fraktion wurde. Die Leichtfertigkeit des Umgangs mit Steuergeld und das großspurige Leben auf Pump hat hier seinen Ursprung. Und das ging bis 1999 ungebremst und lustig weiter. Der Weg in die Pleite war eingeschlagen und inzwischen setzt Willi sogar die Ruhr in Flammen.

Doch erfolgte 1999 die einschneidende Wende? Wurde das Ruder wirklich herumgerissen, wie viele von uns gehofft hatten?

Beim Amtsantritt von OB Dr. Reiniger betrug das Gesamtvolumen der Liquiditätskredite 25 Mio. €. Bei seinem Amtsende waren es 1.807 Mio. €. In der Ära Reiniger hat sich das Volumen der aufgelaufenen Kassenkredite explosionsartig erhöht. Rein rechnerisch haben sich die Kassenkredite von 1999 – 2009 versiebzigfacht. In 10 Jahren ist Essen zum Dispo-King der Republik aufgestiegen.

Doch das ist nur die rein rechnerische, mathematische Wahrheit. Die faktische und politische Wahrheit nämlich ist, dass es im Vorfeld der Kommunalwahlen 1999 unter dem „Trio Infernale“ Veräußerungen und Übertragungen von städtischem Vermögen in der Größenordnung von rd. 480 Mio. € gegeben hat. Die Veräußerung des Allbaus durch die Übertragung an die EVV und die Auslagerung des Kanalnetzes an die EEG – zusammen rd. 235 Mio. € – waren nämlich kein Akt der Konsolidierung, sondern schlicht ein kostspieliger und unrentabler Transfer von der rechten in die linke Tasche des «Konzerns Stadt».

Abseits solcher Taschenspielertricks bleibt festzuhalten, dass 1999 ein fakti-

sches Defizit von rd. 260 Mio. € bestand und 2009 das Volumen der Liquiditätskredite und der ausgelagerten Verpflichtungen rd. 2 Mrd. € betrug. Kurz: die Schulden des Konzerns Stadt haben sich von 1999 – 2009 mehr als siebenfacht. Damit ist das Wort vom Essener Finanzdebakel voll und ganz gerechtfertigt. Die Haushaltspolitik des vergangenen Jahrzehnts war alles andere als eine Glanzleistung. Buchen wir dieses Kapitel unter der Überschrift ab: *ludex non calculat!*

III.

Der Kämmerer hat Recht: Es hat in Essen keine Kultur des Sparens gegeben. Es waren „*Irrungen und Wirrungen*“, die eine klare Sicht des Finanzdebakels verhinderten. Klarheit und Wahrheit müssen aber wieder zum Grundsatz der städtischen Haushaltspolitik werden, denn „*wir können auf Dauer nur das ausgeben, was wir auch einnehmen*“ (so A. Merkel im großen FAZ-Interview v. 11. 6.2010).

Allein durch den vorliegenden Haushaltsentwurf und durch die Positionierung der Bezirksregierung sind die Strategien der Vergangenheit, sich einer durchgreifenden Haushaltssanierung zu verweigern, eindeutig widerlegt. Sie sind sämtlich gescheitert.

Es war falsch, jahrelang mit einem fatalistischen Achselzucken auf die Größenordnung unserer Haushaltsdefizite zu reagieren.

Es war falsch, interkommunale Vergleiche lange zu relativieren oder gar zu ignorieren.

Es war falsch, die Eigeninteressen der Verwaltung und die aus bürokratischen Partikularinteressen resultierenden Widerstände nicht zu erkennen.

Der Gipfel des Irrtums, gleichsam das intellektuelle Essener Top-Syndrom war aber die Denunzierung des Sparens als „*Kaputtsparen*“ und die Verbalphrase von der „*Zerstörung der Standortqualität*“.

Kontraproduktiv war zudem die Flucht in Illusionen: In fiskalische Illusionen, die mit dem zweifellos richtigen Konnexitätsprinzip verbunden wurden, oder in die Fata Morgana einer zweifellos notwendigen Gemeindefinanzreform, die aber keineswegs schon alles zauberhaft und paradiesisch richten würde.

Die bittere Realität sieht anders aus: Nicht einmal eine Große Koalition hat eine solche Gemeindefinanzreform zustande gebracht.

IV.

Es hilft alles nichts, wir müssen uns selbst helfen.

Es geht kein Weg daran vorbei: Selbst wenn es einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung gäbe, selbst wenn wir eine wirkliche Gemeindefinanzreform bekämen und eine strukturverbessernde Föderalismusreform dazu, selbst wenn das innerdeutsche Finanzgeflecht reformiert und die kommunale Selbstverwaltung wieder gestärkt würde, kämen wir in Essen an einem einschneidenden Spar- und Konsolidierungskurs nicht vorbei.

Das gesamte kommunale Aufgaben- und Leistungsspektrum muss deshalb konsequent durchforstet und den veränderten Bedingungen, insbesondere dem Bevölkerungsrückgang, angepasst werden. Bereiche, die hiervon – etwa aus politischer Rücksichtnahme – ausgeklammert werden, darf es nicht geben. Die Stadt muss sich auf ihre Kernaufgaben beschränken und diese so effektiv und kostengünstig wie möglich erfüllen.

Aufgabenkritik und Aufgabenabbau stehen dabei ebenso auf der Tagesordnung wie die Überprüfung von Standards, die Abschaffung unvernünftiger „Essener Sonderwege“, der Abbau von Parallelstrukturen und die Optimierung administrativer Prozesse.

Neben einer systematischen und umfassenden Infrastrukturrevision muss eine Verwaltungsreform in Gang gesetzt werden, die die Dienstleistungs- zur Gewährleistungsverwaltung umgestaltet und Bürokratieabbau bewirkt.

V.

Die Finanzkrise unserer Stadt erfordert ein verändertes politisches Denken. Notwendig ist eine Neuorientierung der Stadtpolitik. Doch durchgreifende Veränderungen erfordern Mut und Entschlossenheit. Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS ist dazu bereit. Die Konsolidierung der Stadtfinanzen hat für uns konstitutive Priorität.

Die dramatische Finanzkrise macht einen harten und einschneidenden Sanierungskurs unausweichlich. Und die Kategorien strategischer Haushaltskonsolidierung sind für uns kein Mythos, sondern ein handhabbares Instrumentarium.

Sparen ist dabei kein Selbstzweck, sondern verfolgt das klare Ziel, den Finanzinfarkt zu vermeiden, die kommunale Selbstverwaltung zu sichern und die Zukunftsfähigkeit wiederzugewinnen.

VI.

Angesichts der globalen Finanzkrise und angesichts der dramatischen Finanzsituation von Bund, Ländern und Gemeinden müsste eigentlich jedem klar sein, sofern er nicht von der *„ideologischen Schweinegrippe befallen ist“*, dass es zu einer durchgreifenden Konsolidierung auch der Essener Stadtfinanzen keine verantwortbare Alternative gibt. Dass die Schulden von heute die Belastungen von morgen sind, die den nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden, ist eine Binsenweisheit. Wer von den Prinzipien „Generationengerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ ausgeht – und der Rat hat dies mit Leitlinienbeschluss vom 28. März 2001 einstimmig bekundet – muss endlich das Ruder herumreißen. *„Wir leben auf Kosten unserer Kinder“*, hat Prof. Gerhard Bosch, der Direktor des Instituts Arbeit und Qualifizierung der Uni Duisburg/Essen der Politik am 12.04.10 (WAZ) ins Stammbuch geschrieben.

Es reicht daher nicht, nur in Sonntagsreden oder in politischen Erbauungs-Traktaten *„die Ausbeutung der Enkel“* scharf anzuprangern und leidenschaftlich *„die Rückkehr zur Vernunft“* einzufordern. Eine konkrete und durchgreifende Politik der Solidarität mit den Nachwachsenden muss endlich Wirklichkeit werden und die Politik tradierter Schuldenmacherei ablösen.

„Es geht darum, welches Erbe wir unseren nachfolgenden Generationen hinterlassen“, sagen Sie, Herr Oberbürgermeister. Und damit haben Sie völlig Recht. Doch daraus muss eine umfassende Sanierungspolitik und keine Pazifizierungspolitik gegenüber dem Regierungspräsidenten folgen.

VII.

Essen hat eines der höchsten Haushaltsdefizite aller deutschen Großstädte. Das ist ein vernichtender Befund. Es geht deshalb kein Weg daran vorbei: Der «Konzern Stadt» muss umfassend und von Grund auf saniert werden. Eine Neuorientierung der Stadtpolitik aber beginnt in den Köpfen. Ein Mentalitätswechsel ist dringend angesagt. Er ist Voraussetzung für die notwendigen Veränderungen:

1. Es bleibt dabei: Der Rat bedarf eines institutionellen Gremiums, in dem die Finanzentwicklung und die desolante Haushaltslage detailliert, differenziert und mit der notwendigen Intensität beraten werden können. Die derzeitige Ausschusskonstruktion muss deshalb ergänzt werden. Das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS will die Etablierung eines Ratsgremiums, das für die Haushaltskonsolidierung und die Beteiligungsgesellschaften klare Kompetenzen besitzt.
2. Angesichts der dramatischen Essener Finanzsituation, der Zukunftsverantwortung der Politik und der Zielsetzung der Generationengerechtigkeit plädiert das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS für ein „Zero Budgeting“. Sämtliche Ausgabenansätze sukzessive auf Sinnhaltigkeit, Notwendigkeit und Zukunftstauglichkeit hin zu überprüfen, mag ausgesprochen mühsam sein, ist aber letztlich politisch notwendig. Die Sanierung des Essener Haushalts muss als Prozess angelegt sein. Dabei ist uns klar: dieser Weg ist beschwerlich, *„dieser Weg wird kein leichter sein“*.
3. Die Konsolidierungsvorschläge, die externe Gutachter seit mehr als einem Jahrzehnt unterbreitet haben, gehören nicht in die Aktenablage, sondern – von der Verwaltung aufgearbeitet und operationalisiert – auf den Tisch der Politik. Es genügt nicht, externen Sachverstand nur in Auftrag zu geben, aber ihn nicht in Beschlüsse umzusetzen.
4. Generelle Ausgabenkürzungen sind als schneller Einstieg in die Haushaltskonsolidierung sinnvoll und zielführend. Da für die Sanierung unseres Haushaltes Zeit Geld ist, sollte die Fokussierung auf Hebelthemen durch die Strategie pauschaler Kostensenkungen und Ausgabenkürzungen insbesondere für die Verwaltungsbereiche und Gesellschaften ergänzt werden, die sich noch nicht im aufgabenanalytischen Visier befinden. Machete, Stecheisen und Rasenmäher schließen sich in der botanischen wie fiskalischen Landschaftspflege keineswegs aus.
5. Die notwendige Sanierung der Stadtfinanzen ist ohne eine drastische Reduzierung der Personalkosten nicht möglich. Machen wir uns klar: Nach den vorliegenden Daten stehen fast 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der „Lohn-Liste“ der Stadt und ihrer Gesellschaften. Das dürften Personalausgaben von fast 1 Mrd. € sein.

Die Sanierung der zerrütteten Stadtfinanzen darf der Personalkostenfrage nicht ausweichen. Sie ist in all ihren Facetten auszuleuchten und hat die Essener Verhältnisse kritisch zu hinterfragen. Im Kontext aufgabenkritischer Gesamtanalyse ist und bleibt die Personalkostenfrage die Schlüsselfrage einer strategischen Haushaltskonsolidierung.

1.000 Stellen bis 2015 abzubauen und auf ein verändertes Organisations-, Personal- und Gesundheitsmanagement in der Verwaltung zu setzen, ist ein ehrgeiziges, jedoch machbares, vor allem aber notwendiges Programm. Nur so wird die Haushaltssanierung gelingen.

6. Das Gestrüpp an Gesellschaften muss gelichtet, Wasserköpfe müssen abgebaut und die Töchter der Stadt deutlich stärker zur Kasse gebeten werden. Es muss gebündelt, fusioniert und ggf. auch reintegriert werden. Maximierung der Gewinne und Minimierung der Verluste muss das Ziel sein. Durch die Offenlegung der Geschäftsführergehälter besteht endlich Transparenz – und auch Handlungsbedarf. Und der ist erheblich.

Der Autonomisierung und dem Eigenleben der Gesellschaften muss endlich ein Ende bereitet werden. Es geht nicht länger an, dass „Mutter Stadt“ sterbenskrank darniederliegt und ihre Töchter tanzen gehen.

Eine Vip-Lounge auf Schalke, eine exklusive Mobiliarausstattung bei den Stadtwerken, die „*Was erlauben Strunz?*“-Nummer, Millionen und Aber-Millionen für einen Proficlub, der in Wahrheit zum FC Rathaus mutierte – das sind Eskapaden und Fehlentscheidungen. Die Beteiligungsgesellschaften als „*Dorado für Dienstwagen*“, wie die WAZ schrieb – damit muss endlich Schluss sein.

Doch unsere Töchter sind nicht alle gleich. Da gibt es attraktive und weniger attraktive, erfolgreiche und erfolgarme, lebendige und schläfrige, schlanke und korpulente, bescheidene und großspurige, strebsame und sperrige, kurz: es ist wie im richtigen Leben.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben schon 2006 frühere Fehlentscheidungen eingestanden, „*ein gehöriges Stück Selbstkritik*“ geübt und eine Korrektur von Fehlern angekündigt. Sie haben jetzt die Möglichkeiten,

auf Ankündigungen Taten folgen zu lassen und die von Ihnen in der Opposition angekündigten „*schmerzhaften Entscheidungen*“ umzusetzen.

7. Fast ein Viertel unseres strukturellen Haushaltsdefizits entfällt auf den ÖPNV. Mit rund 80 Mio. € wird die EVAG jährlich subventioniert. Das ist nicht länger hinnehmbar!

Im Moloch ÖPNV gibt es viele schöne Posten in Vorständen und Aufsichtsräten, die endlich kritisch unter die Lupe genommen werden müssen.

Für den Bereich des VRR ist ein „*Effizienzgewinn zwischen 15 und 20 Prozent*“ möglich. Von alleine aber passiert nichts. „*Das Land muss Druck machen... Auch die Städte müssen tätig werden*“, so Horst Zierold in einem WAZ-Interview schon vor Jahren. Aber wann passiert endlich Entscheidendes? Der operative Start von „Via“ mag ein guter Anfang sein, doch weitergehende Strukturveränderungen müssen folgen. Das Generals- und Offizierskorps des VRR und seiner Verkehrsgesellschaften muss neu aufgestellt werden.

8. Regionale Kooperation führt – nicht nur im VRR – zum Abbau überflüssiger Bürokratien. Regionale Kooperation realisiert Einsparpotentiale und steigert zudem die Effizienz der Verwaltung.

Warum kann nicht eine Stadt etwas für die andere mitmachen? Warum können nicht Kräfte gebündelt werden? Nicht in jedem Rathaus muss dasselbe geleistet, nicht überall muss das Rad neu erfunden werden. Aufgabenteilung und Spezialisierung in allen Aufgaben – das ist der richtige Weg. IT-Kooperationen und e-Government ermöglichen und begünstigen schon heute neue Formen der Zusammenarbeit.

Um ein Beispiel zu nennen: Nicht in jedem Rathaus muss in Zukunft die Berechnung von Erschließungsbeiträgen selbst erfolgen, nicht in jedem Rathaus müssen die organisatorischen und personalwirtschaftlichen Massenverfahren erledigt werden, nicht jede Stadt braucht das gleiche Fachamt mit allen Fachrichtungen. Gemeinsam nach optimalen Betriebsgrößen suchen und gemeinsam davon profitieren, ergibt Sinn für alle.

Angesichts der dramatischen Finanzkrise der Ruhrgebietsstädte ist es notwendig, die Region in den Fokus zu rücken und über die alten Kirchtürme hinaus zu blicken. Unsere Strukturprobleme rufen geradezu nach einer gezielten Regionalisierung. Fangen wir in allen Bereichen mit MEO an!

9. Sich von Wünschenswertem, aber nicht Notwendigem zu verabschieden und die kommunale Rolle in vielen Bereichen neu zu definieren – dies jedenfalls ist von Beginn an die Position des ESSENER BÜRGER BÜNDNISSES. Nach unserer Auffassung müssen *„bei der Fragestellung, welche Aufgaben überhaupt noch und in welcher Intensität und auf Dauer wahrgenommen werden sollen, strenge Maßstäbe gesetzt werden“* („Kommunen vor dem Kollaps?“ 2006). Die öffentliche Hand ist kein universeller „Ersatzarbeitgeber“!

Zur kommunalen Selbstverwaltung gehört aber auch Bescheidenheit. Eine Politik, die allen alles verspricht und sich durch immer neue Projekte und Versprechungen zu legitimieren versucht, ist unverantwortlich. Verantwortlich ist ausschließlich das finanziell Machbare und nicht das durch Schulden finanzierte Wünschenswerte.

Aber auch das muss klar sein: Die Gemeinden sind kein Ausfallbürge für neue Leistungsversprechen des Bundes oder des Landes. Im staatlichen Finanzgeflecht dürfen sie nicht die Letzten sein – auch wenn die Hunde nach ihnen beißen.

10. Spätestens seit dem Dresdner Finanzcoup ist deutlich geworden, dass hochverschuldete West-Städte für den Solidar-Pakt Kredite aufnehmen müssen, während sich Ost-Kommunen entschulden. Eine perverse Situation! Überdies werden Milliarden aus dem Solidar-Pakt schlicht zweckentfremdet. Es ist deshalb höchste Zeit, den Solidar-Pakt zu korrigieren. Nicht die Himmelsrichtung, sondern die strukturelle Bedürftigkeit muss der Fördermaßstab sein.

Nehmen Sie unsere ehemalige Partnerstadt Erfurt: Eine Top-Entwicklung in den letzten 20 Jahren von der realsozialistischen Tristesse zur blühenden Landeshauptstadt. Jetzt aber fordern wir Solidarität und Entlas-

tung ein.

Nehmen Sie Dresden: Es ist nicht hinnehmbar, dass dort das Standbild Augusts des Starken vergoldet wurde, während die Ruhrgebietskommunen nicht genug Geld haben, um die Straßenschäden des letzten Winters auszubessern.

Eine Neuordnung der West-Ost-Transfers ist absolut überfällig.

Die hervorragende Idee unseres Kämmerers unter der Überschrift „*Hilfe West durch Aufbau Ost*“ (WAZ) begrüße ich daher ausdrücklich. Hier wird eine intelligente Initiative vorgeschlagen, die uns im Revier helfen und uns aus der innerdeutschen Sackgasse führen würde.

VIII.

Die Entwicklung unserer Stadt ist janusköpfig. Auf der einen Seite das Essener Finanzdebakel, auf der anderen Seite die Essener Metropolenentwicklung: Thyssen-Krupp ist heimgekehrt, die neue Eon-Ruhrgas-Zentrale entsteht, die Karstadt-Mall ist eröffnet. Weststadt und Gruga-Carrée sind entwickelt, der Krupp-Gürtel hat Gestalt angenommen, die Weichen für das Universitäts-Viertel sind gestellt. Der Ausbau der kulturellen Infrastruktur ist stark: das neue Folkwang-Museum setzt Maßstäbe, das Ruhrmuseum wird zum Besucher-Magneten, die Neueröffnung der Alten Synagoge steht bevor. Zollverein ist zum Symbol des Reviers geworden.

Als „Bannerträger“ für das Ruhrgebiet wurde unsere Stadt „Europäische Kulturhauptstadt 2010“. Schon die Bewerbung zur Kulturhauptstadt konnte dazu beitragen, dass das Ruhrgebiet sich stärker vernetzt und schärfer profiliert. Der Erfolg von Brüssel eröffnete die Chance, den Prozess regionaler Kooperation zu beschleunigen und den Strukturwandel an Ruhr und Emscher voranzubringen. Kulturhauptstadt jedoch wird Essen nur für ein Jahr sein. „*Die Ambitionen, die sich mit dem Titel verbinden, aber zielen auf die nachhaltige Umgestaltung einer polyzentrischen Städtereion im Herzen Europas*“ – so die FAZ damals. Dies zu erreichen, an Lebensqualität zu gewinnen und langfristig auch wirtschaftlich zu profitieren, ist für das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS das übergeordnete Ziel.

„Fast könnte man meinen, die Rückkehr des größten deutschen Stahl- und Technologiekonzerns zu seinen historischen Wurzeln in Essen-Altendorf sei als Clou der vielschichtigen Präsentation der europäischen Kulturhauptstadt gedacht“, so der Doyen der deutschen Wirtschaftsgeschichte Prof. Werner Abelshäuser vor gut 2 Wochen in der FASZ. Und diesen „Triumph des Berthold Beitz“ nennt er zugleich „eine der kühnsten Metamorphosen der Wirtschaftskultur“.

Solche Entwicklungsschübe sind für die zielgerichtete Transformation altindustrieller Städtereionen von allergrößter Bedeutung. Und deshalb ist auch die Essener Bewerbung um die „Innovation City“ so wichtig – wichtig aus energie- und klimapolitischen Gründen und wichtig als Instrument eines nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtumbaus.

Mit der Renaturierung der Emscher und ihrer Zuläufe als dem stadtökologischen Jahrhundertprojekt des Reviers, flankiert vom „Masterplan Ruhr“ und dem kommunalen Projekt „Urbane Wasserlagen“ erhalten Stadt- und Regionalentwicklung einen neuen Zukunftshorizont. Die Vision vom „blauen Himmel über der Ruhr“ (Willy Brandt) wird fast ein halbes Jahrhundert später vom Himmel auf die Erde übertragen.

IX.

Sanieren und gestalten gehören für das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS zusammen.

Es ist nämlich ein fataler Irrtum zu glauben, dass Politik nur bei expandierenden Haushalten möglich sei. Politik ist immer und grundsätzlich „die Kunst des Möglichen“ (Bismarck). Und deshalb kommt es jetzt darauf an, den «Konzern Stadt» umzubauen, ihn zukunftsorientiert auszurichten und im notwendigen Sanierungsprozess gestaltende Akzente zu setzen.

Wie dies geschehen könnte, haben wir in unserem Handlungsprogramm dargelegt.

Wir sind beispielsweise davon überzeugt, dass Sparen oben beginnen und die Politik mit gutem Beispiel vorangehen muss.

Wir sind davon überzeugt, dass der demografische Wandel gestaltet und die ökologische Dimension des Stadtumbaus weiterentwickelt werden müssen.

Wir sind davon überzeugt, dass Familien gestärkt und Kinder frühzeitig und umfassend gefördert werden müssen. Es ist eine alte Wahrheit, die durch die neueste Forschung bestätigt wird: „*Eine gute Schulbildung macht reich*“ (Vgl. FAZ 10.05.2010).

Wir setzen auf den Bürger als entscheidende Ressource der Stadtgesellschaft. Die Grundlinien unserer Politik will ich beispielhaft an 4 Komplexen verdeutlichen:

1. Wir brauchen eine Schulentwicklungsplanung, die nicht nachholende Anpassung betreibt, sondern vorausschauend gestaltet. Eine solche Schulentwicklungsplanung basiert auf Evaluationen als Grundlage gezielter Förderprogramme, bündelt Ressourcen und betreibt Infrastrukturrevision auf der Grundlage qualitativer Strukturprinzipien. Konzentrieren und Optimieren ist auch hier unsere Leitlinie!
2. Wir brauchen ein Bibliotheksentwicklungskonzept, das das kommunale und nichtkommunale Bibliothekswesen miteinander verknüpft, Professionalität und Ehrenamtlichkeit verbindet und die Universitätsbibliothek stärker in die Stadtgesellschaft integriert. Bibliotheken als moderne Informationszentren einer lernenden Gesellschaft, in der aus Bildung individuelle und gesellschaftliche Kompetenz sowie Wachstumspolitik generiert werden.
3. Wir brauchen einen Masterplan Demografie, um die Herausforderungen des demografischen Wandels in Essen zu meistern. Deshalb müssen die Bemühungen um ein gezieltes Einwohnermanagement in unserer Stadt deutlich intensiviert, Kinder- und Familienfreundlichkeit als langfristige Präventionsstrategie angelegt und die Bildungspolitik als wichtigster Hebel für unsere Zukunftsfähigkeit verstanden werden.

Vor dem Hintergrund des demografischen Schrumpfungs- und Alterungsprozesses wird es unter Deutschlands Kommunen in den nächsten Jahren zu einem knallharten Wettstreit um gut qualifizierte Menschen und junge Familien kommen.

Neben zukunftsorientierter Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung,

Wohnungs- und Infrastrukturpolitik hätte ein solches Demografieprojekt auch eine erhebliche finanzwirtschaftliche Dimension, denn – zugespitzt formuliert – gibt es in der deutschen Finanzverfassung nichts Teureres, als Einwohner zu verlieren, und nichts wird höher prämiert als der Zuzug von Einwohnern.

4. Wir brauchen – insbesondere vor dem Hintergrund unserer Vorgaben zum Aufgaben- und Personalabbau – ein Personalentwicklungskonzept für den «Konzern Stadt», das auf hohe Ausbildungsstandards, nachweisbare Qualifikationen, Kompetenz, Flexibilität und Verantwortungsbereitschaft der Mitarbeiter und nicht so sehr auf Galater 6, 10 setzt: *„Lasset uns Gutes tun an jedermann, allermeist aber an des Glaubens Genossen.“*

Die sich in diesen 4 Beispielen manifestierenden Gestaltungsperspektiven können wir für unsere Stadt jedoch nur realisieren, wenn wir politische Gestaltungsspielräume wiedergewinnen. Durch Haushaltssanierung werden wir die *„inspektorengesteuerte Fremdverwaltung“* verhindern und die kommunale Selbstverwaltung sichern, die seit 200 Jahren, seit der Nassauer Denkschrift des Freiherrn vom Stein, zu den Grundlagen der Bürger- und Städtefreiheit gehört.

Und deshalb sagen wir als Freie Wähler: Wir sanieren und gestalten! Wir können Zukunft!

X.

Für das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS stand das Essener Finanzdebakel von Beginn an im Fokus unserer Politik. Dafür sind wir z. T. beschimpft, ja sogar der Unwahrheit bezichtigt worden. Doch wir haben Stand gehalten und wir haben Recht behalten. Zahlen lügen nicht.

Von Anfang an waren wir für eine durchgreifende Sanierung. Von Anfang an haben wir dafür gestritten, dass das von den Bürgern über Generationen erwirtschaftete Vermögen der Stadt nicht aufgezehrt werden darf. Wir loben unseren Kämmerer, weil er der erste ist, der – geschickt und eloquent dazu – einen Sparhaushalt auf den Weg gebracht hat.

Der Kämmerer selbst hat den vorliegenden Haushaltsentwurf ein „*moderates Sparpaket*“ genannt. „*Dieser Haushalt ist kein Kahlschlag*“, „*in diesem Sparhaushalt stecken noch beachtliche Summen*“, „*wir haben noch erhebliches Konsolidierungspotential*“ – so lauten seine Kernbotschaften.

Weil das so ist, geben wir uns auch mit einem kontrollierten Abschmelzen des Eigenkapitals nicht zufrieden. Wir sind ambitionierter. Wir gehen bekanntlich weiter. Wir wollen die Stadtfinanzen grundlegend sanieren und zwar so schnell wie möglich.

Für das ESSENER BÜRGER BÜNDNIS ist der vorliegende Haushaltsentwurf ein Minimalkonsens, um überhaupt die Kurve zu kriegen. Unser eigentliches Ziel aber ist der Haushaltsausgleich. Den wollen wir bis 2015 erreichen. Dieses ehrgeizige Ziel aber setzt natürlich voraus, dass die Gewerbesteuererinnahmen in Essen stabil bleiben, die Zinsen nicht signifikant ansteigen, keine weiteren Steuergesetze zu Lasten der Kommunen verabschiedet werden und etwaige neue Aufgaben komplett refinanziert werden.

Unsere Zielsetzung erfordert strukturelle Weichenstellungen. Einige werden heute vorgenommen. Und wir laden alle ein, an dem Projekt einer durchgreifenden Sanierung der Essener Stadtfinanzen konstruktiv und mit zielführenden Ideen mitzuarbeiten.

Aber lassen Sie mich auch das sagen: Wer wie der Kämmerer in seiner Haushaltsrede auf die weitergehenden Beschlüsse in Gelsenkirchen verweist, den betrachten wir als heimlichen Verbündeten auf unserem Weg zum eigentlichen Ziel.

XI.

Seine Haushaltsjungferrede hat der Oberbürgermeister am 28. April selbst wie folgt charakterisiert: „*Ich habe Ihnen einen kurzen Abriss gegeben über den Prozess der Haushaltsaufstellungen, über einen Ansatz der Stadtentwicklung sowie über die Schwerpunkte Arbeit, Bildung und Integration.*“ „*Darüber hinaus brauchen wir Visionen*“, hat er postuliert und die Frage aufgeworfen: „*Was ist nach 2010?*“ *Eine berechtigte Frage, auf die es mit Stand heute keine schlüssige Antwort gibt. Ich habe auch keine.*

Mit Verlaub, lieber Herr Paß, das ist eindeutig zu wenig. Es verwundert deshalb nicht, dass Ihre Rede in der Presse „*uninspiriert*“ genannt und die Frage gestellt wurde: „*Wer begreift diesen Oberbürgermeister? Eine fast verzweifelte Frage.*“ Nein, diese Rede war emotionslos, setzte keine Akzente und entwarf kein Zukunftsbild für unsere Stadt. „*Soll der Aufbruch zur Metropole ... weitergehen oder regiert fortan Kleinklein?*“ fragte denn auch Frank Stenglein im WAZ-Kommentar vom 01.05.2010. „*Vom OB der Zentralstadt des Ruhrgebiets muss ein halbes Jahr nach Amtsantritt einfach mehr kommen*“, so sein Resumée.

Aber, und das will ich Ihnen gerne konzедieren, haben Sie es ja auch nicht leicht. Sie stehen vor einem gewaltigen Finanzdebakel. Warum Sie aber Ihren Vorgänger im Amt angesichts dieses Finanzdebakels immer wieder ausdrücklich loben, ist für mich nicht nachvollziehbar.

Hinzu kommt, dass auf Ihrem Parteitag von „*zivilem Ungehorsam*“ schwadroniert wurde und manchen Delegierten die Zahlen des Kämmerers schlicht nicht interessieren. Und was soll man gar von einer Bundestagsabgeordneten halten, die zum Rechtsbruch auffordert? Was ist das für ein Verfassungsverständnis? Für eine Partei, die historisch auf dem Legalitätsprinzip aufbaut, inakzeptabel. Mit einer Politik des Augenmaßes und der Verantwortung für unser Gemeinwesen hat das alles nichts mehr zu tun – nicht einmal mehr mit der Beherrschung der Grundrechenarten. Regieren und zugleich opponieren – das funktioniert nicht!

Im Übrigen: Kommunale Selbstverwaltung bedeutet, dass im Essener Rathaus selbst entschieden wird und wir nicht am Düsseldorfer Gängelband laufen – weder an dem der Bezirksregierung noch an dem der Interventionen aus dem Landtag, von welchen Personen sie auch immer kommen mögen.

Und noch eins: Das Verhältnis von Rat und Verwaltung muss neu justiert werden. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Strukturen wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden müssen. Eine Entscheidung wie bei Eon-Ruhgas darf zukünftig nie mehr am Rat vorbei getroffen werden.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben Ihr Amtsverständnis in die Formel gepackt, Sie wollen „*mehr Bürger als Meister*“ sein. Das klingt zwar sympa-

thisch, ist aber sachlich fragwürdig. Um „gleich den Kern ... und das Kind beim Namen zu nennen“, wie Grönemeyer textet, sage ich Ihnen: Sie sind zwar nicht „Master of the Universe“, aber Chef des «Konzerns Stadt». Und dieses Amt erfordert weder einen Azubi noch einen Gesellen, dieses Amt erfordert den Meister. Passen Sie aber auf, dass Sie angesichts des Essener Finanzdebakels nicht zum „Master of Disaster“ werden.

XII.

In letzter Zeit haben wir hier politisch Bemerkenswertes erlebt:

Da war der skandalöse Vorgang um den Stadion-Chefberater Strunz. Angesichts der Abbruchmaßnahmen im Georg-Melches-Stadion, der Insolvenz von RWE und des Abstiegs in die 5. Liga war der Mann das viele Geld doch wert oder...? Vielleicht hätte man vorher mal Trappatoni fragen sollen.

Da feuerte die Linke ihren Fraktionsgeschäftsführer fristlos. Verwundert es da, dass die WAZ (13.05.10) dies so kommentierte: *„Ausgerechnet diejenigen, die Kündigungen ... fast als Menschenrechtsverletzungen brandmarken, werfen ihren Fraktionsmanager kalt auf die Straße – als Bauernopfer. «Original sozial» ... haben wir uns ehrlich gesagt anders vorgestellt. Die meisten privaten Arbeitgeber besitzen mehr Wärme und Anstand ...“*

Und dann geriert sich ein SPD-Ratsherr als „Richard Kimble“ aus der Altstadt, ermittelt als „Privatdetektiv“ und gibt eine eidesstattliche Erklärung gegenüber seiner eigenen Fraktion ab. Alleingang oder nicht ist die eine Sache – aber privat und Mandat künstlich zu trennen, ist schon ein Akt der politischen Schizophrenie. Aber schlimmer noch: Offensichtlich erprobt hier jemand seine spezifische Vorstellung von Essener Wirtschaftsförderung und offensichtlich betreibt hier jemand gezielt seine eigene Art der Vertrauensbildung gegenüber der eigenen Verwaltung und dem eigenen Oberbürgermeister.

Lassen wir diese Eskapaden links liegen, denn das alles überragende Essener Top-Problem ist und bleibt der Haushalt.

Es erfüllt mich mit Genugtuung, dass es selbst unter den Linken – wenn auch nicht bei uns in Essen - Exponenten gibt, die erkennen, dass – wie es in einem „offenen Brief“ aus Dresden hieß – *„exzessive Verschuldung weder höhe-*

re Beschäftigung noch niedere Arbeitslosigkeit noch höhere Geburtenraten oder Wirtschaftskraft zur Folge habe. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sei keine neoliberale Spinnerei, sondern sozialpolitischer Imperativ“ (FAZ 18.03.2006).

Es ist daher richtig, dass der Kämmerer in seiner Haushaltsrede an das Verantwortungsbewusstsein des Rates und an Bürgersinn und Bürgerstolz appelliert hat. Wir teilen seine Auffassung, dass Essen „*eine großartige Stadt*“ mit „*beeindruckendem Profil*“ und „*unverwechselbarer Identität*“ ist.

Dies weiter zu entwickeln und dafür zu streiten, das „*unsere großartige Stadt*“ nicht im Schuldensumpf versinkt und wir unseren Kindern und Enkeln ein geordnetes Gemeinwesen hinterlassen, auf das wir stolz sein können – das ist ökonomisch vernünftig und zugleich der politische und moralische Imperativ, der uns als ESSENER BÜRGER BÜNDNIS trägt.

